



Neues aus dem Landtag

Mai 2020



Rüdiger Kauroff ist Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark. Er betreut zusätzlich Isernhagen und Langenhagen. Seit 2017 setzt er sich für Ihre Interessen im Niedersächsischen Landtag ein. **Rüdiger Kauroff** ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitales sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Darüber hinaus ist er Ständiger Vertreter im Innenausschuss und Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.

Was ist im Mai in Niedersachsen und im Wahlkreis passiert?

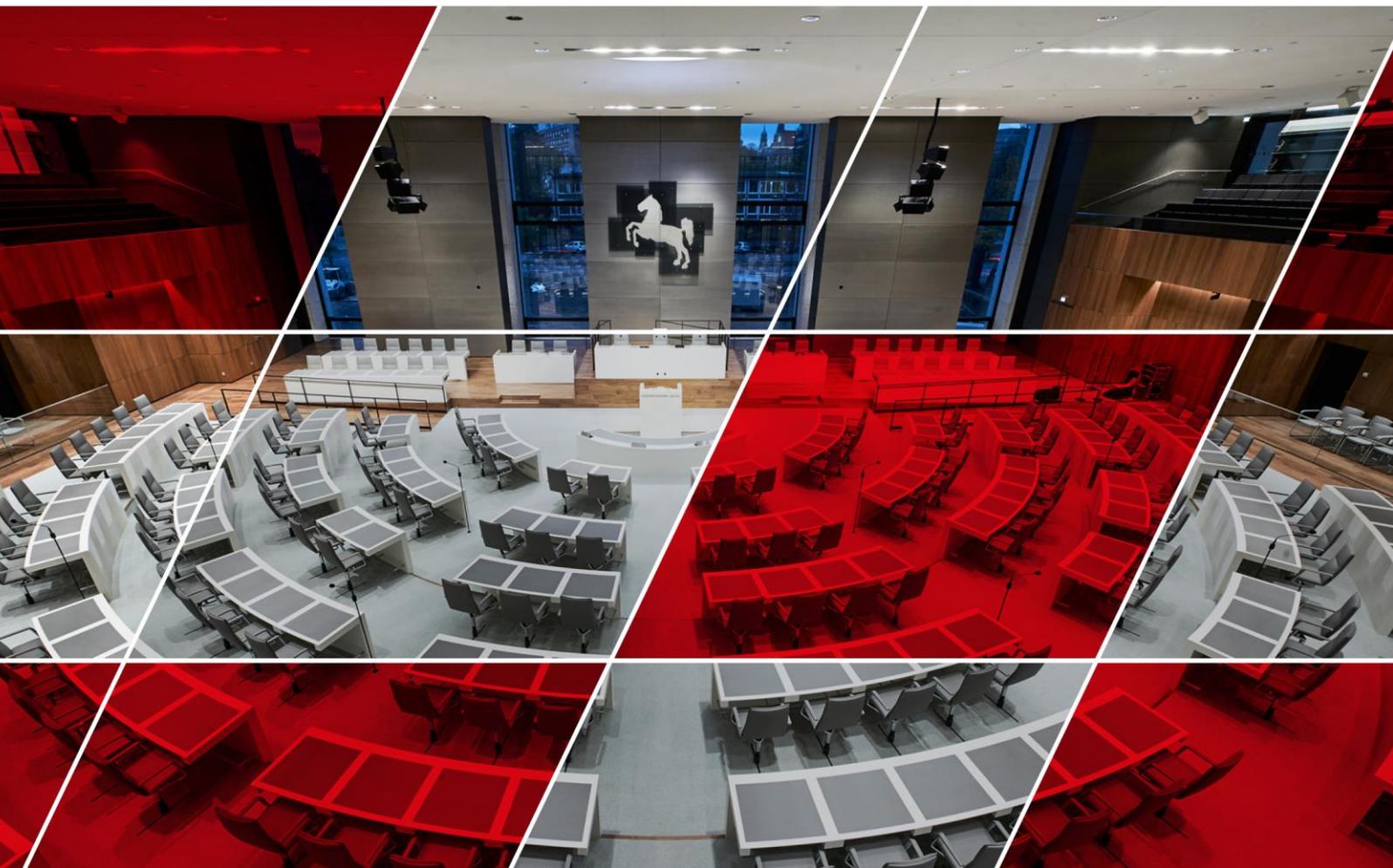
Neues aus dem Plenum

Mein Statement zum Entwurf eines Wohnraumschutzgesetzes

Unsere Verbesserungen der Rahmenbedingungen im LKW-Verkehr

Meine Meinung zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung

Kindertagesstätten wieder schrittweise öffnen!



Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freund*innen,

die diesjährigen Feiern zum 1. Mai waren alles andere als gewöhnlich und die traditionellen Kundgebungen und Demos auf der Straße konnten leider nicht stattfinden. Trotzdem war ich über die zahlreichen virtuellen Veranstaltungen begeistert. Sei es die klassische politische Ansprache, neue Interviewformate, Fotoaktionen, Konzerte oder künstlerische Darbietungen – alles klasse Aktionen, um den 1. Mai trotzdem gebührend zu feiern.

Mit der
Regierungserklärung
unseres
Ministerpräsidenten
Stephan Weil unter
dem Titel „Ein neuer
Alltag in Zeiten von
Corona - Perspektiven
für den Umgang mit
dem Virus“ wurde
wieder einmal die
aktuelle Entwicklung



der Pandemie ein zentrales Thema dieses Mai-Plenums. Durch die neue Verordnung werden wir weitere Lockerungen auf den Weg bringen und Schritt für Schritt – unter strenger Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen – zum Alltag zurückkommen. Jedoch dürfen wir jetzt unsere gemeinsamen Errungenschaften im Kampf gegen die weitere Ausbreitung des Corona-Virus nicht aufs Spiel setzen.

Damit wir am Ende erfolgreich sind müssen wir uns an diese Regelungen auch tatsächlich halten.

Unsere Aktuelle Stunde zum Thema „Pandemie, Klimawandel und veränderte Bedrohungslagen: Jetzt die Weichen für einen modernen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen stellen!“ haben wir gerade in Zeiten der Corona-Pandemie die Wichtigkeit des Bevölkerungs- und Katastrophenschutz wieder in die öffentliche Wahrnehmung gerückt.

Der letzte Moorbrand in der Nähe von Meppen, das gesteigerte Waldbrandrisiko, das dritte drohende Dürrejahr in Folge, die Corona-Pandemie oder auch terroristische Risiken stellen große Herausforderungen dar. Diese Krisenszenarien zeigen uns deutlich, dass die Kompetenzen unserer anerkannten und zum großen Teil ehrenamtlichen Hilfsorganisationen künftig noch stärker zur Bewältigung von Krisen genutzt werden müssen.

Die aktuellen teilweise massiven Liquiditätsausfälle, z.B. durch abgesagte Veranstaltungen, dürfen nicht dazu führen, dass die Bewältigung zukünftiger Katastrophenfälle nicht in Angriff genommen werden können.

Für uns ist es ein besonderes Anliegen, dass sich Menschen, die sich für unser Land und den Schutz der Bevölkerung einsetzen, keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu fürchten haben, sondern deren freiwilliges Engagement gefördert wird.

Ich wünsche euch allen nur das Beste – Bleibt bitte gesund!



Mein Statement zum Entwurf eines Wohnraumschutzgesetzes

Mit dem Wohnraumschutzgesetz wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten künftig sicherstellen, dass es in niedersächsischen Wohnungen keine Überbelegungen mehr gibt. Überbelegungen sind menschenunwürdig. Jede Bewohnerin und jeder Bewohner, gleich welchen Alters, benötigt für sich eine Wohnfläche von mindestens 10 Quadratmetern. Dem Geschäftsmodell der Überbelegung muss Einhalt geboten werden. Dies leistet das Wohnraumschutzgesetz, indem es den Gemeinden künftig die Möglichkeit gibt, in solchen Fällen gegen den Eigentümer und Vermieter vorzugehen.

Ebenso nimmt das Wohnraumschutzgesetz jene Vermieter in die Verantwortung, die sich nicht hinreichend um ihre Wohnung kümmern. Wer sein Eigentum verwaarlosten und damit auch seine Mieter im Stich lässt, kann aufgrund des neuen Gesetzes verpflichtet werden, bestimmte Mindeststandards wiederherzustellen. Hierzu gehören u. a. eine ausreichende natürliche Belüftung und Beleuchtung, eine funktionsfähige Feuerstätte, Heizungsanlage sowie Anschlüsse für die Energie- und Wasserversorgung. Neben der Durchsetzung solcher Anordnungen kann die Gemeinde die Wohnung auch für unbewohnbar erklären lassen.

Keine Frage: Die übergroße Mehrzahl der Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer nimmt ihre Vermieterpflichten sehr verantwortungsvoll wahr, und das ist gut so.

Schwarze Schafe gibt es jedoch wie in allen gesellschaftlichen Gruppen auch hier. In den schlimmsten Fällen ging eine Verwahrlosung der Mietwohnung damit einher, dass den Mietern weiterhin Betriebskosten in Rechnung gestellt wurden. Solche aus den Medien bekannten Missstände müssen künftig unterbunden werden!

Bislang können die Gefahrenabwehrbehörden den Mieterinnen und Mietern nur aufgrund des allgemeinen Ordnungsrechts helfen. Das setzt jedoch eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung heraus, Gefahren für Leib und Leben etwa oder greifbare Gesetzesverstöße. Das Wohnraumschutzgesetz senkt die Eingriffsschwelle deutlich ab und gewährleistet künftig einen wirksameren Schutz der Mieterinnen und Mieter.

Unsere Verbesserungen der Rahmenbedingungen im LKW-Verkehr

Niedersachsen ist die Pulsader des Güter- und Warenverkehrs in der Bundesrepublik. Durch die Transitstrecken A1, A2 und A7 ist Niedersachsen eine der zentralen europäischen Logistikrouten. Um unsere leistungsstarke Infrastruktur weiter zu stärken, zielt unser Entschließungsantrag auf weitreichende Verbesserungen der allgemeinen Rahmenbedingungen im Güterverkehr und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Allem voran steht die Verkehrssicherheit und somit der Schutz zahlreicher Mitbürgerinnen und Mitbürger.



Ich begrüße es in diesem Zusammenhang sehr, dass Akzeptanz und Ansehen der Fahrerinnen und Fahrer in den letzten Monaten zurecht deutlich gestiegen sind.

Durch ein verbessertes Baustellenmanagement sowie zusätzliche LKW-Parkplätze an niedersächsischen Autobahnen

konnten bereits und können weitere positive Entwicklungen erzielt werden. Gleichzeitig dienen digitale Parkleitsysteme dazu, die Situation an niedersächsischen Raststätten und Parkplätzen deutlich zu verbessern.

Ein zentrales Anliegen von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist jedoch die Verbesserung der Situation für die Fahrerinnen und Fahrer. Hier wollen wir die Einhaltung von Ruhe- und Lenkzeiten besser kontrollieren und Verstöße schärfer ahnden, um diejenigen zu schützen, die die Regeln einhalten. Gleichzeitig wollen wir den Ausbau von Assistenzsystemen schneller und besser voranbringen. Das Ziel ist zudem: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, um einen weiteren Dumpingwettbewerb zu Lasten unserer Spediteure und ihrer Beschäftigten zu verhindern.

Meine Meinung zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung

Ich begrüße, dass die Große Koalition in Berlin ein 130 Milliarden Euro schweres Konjunkturprogramm auf den Weg bringen will, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzuschwächen. In einem langatmigen Verhandlungsmarathon haben sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, Konsumanreize beispielsweise im Kontext der Mehrwertsteuersenkung von 19 auf 16 Prozent zu schaffen. Gleichzeitig profitieren auch die Kommunen von dem Ergebnis des Koalitionsausschusses: Der Bund investiert Milliarden, um den Kommunen bei den großen finanziellen Belastungen beispielsweise im Hinblick auf die Gewerbesteuerausfälle sowie die Hartz-IV-Kosten unter die Arme zu greifen.



Neben wichtigen Investitionen in den Bereichen Forschung, Klimaschutz, künstliche Intelligenz und Elektromobilität profitieren allen voran kleine und mittelständische Unternehmen durch Überbrückungshilfen, und besonders auch die zahlreichen Familien durch den sogenannten Kinderbonus. Familien sollen 300 Euro pro Kind erhalten – ein wichtiges Signal, schließlich waren diese vor allem in den vergangenen Monaten großen Strapazen ausgesetzt und haben einen beeindruckenden Spagat aus Kinderbetreuung und beruflicher Arbeitsleistung hingelegt.

Aus niedersächsischer Perspektive hätte ich mir ein deutlicheres Zeichen für die Anreizschaffung im Hinblick auf die Automobilbranche gewünscht. In Niedersachsen hängen tausende Arbeitsplätze an diesem Wirtschaftszweig, ob mittelbar oder unmittelbar – etliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehen sich vor einer schwierigen Zukunft und wurden bereits in Kurzarbeit geschickt. Zwar ist sinnvoll, dass moderne Technologien wie die Elektromobilität gefördert werden – dass jedoch umweltfreundlichere Verbrenner nicht berücksichtigt werden, löst bei mir Unverständnis aus.

Kindertagesstätten wieder schrittweise öffnen:

Aufgrund der Corona-Pandemie sehen sich viele Eltern seit Monaten mit großen Herausforderungen in der Kinderbetreuung konfrontiert. In der Frühphase der Corona-Krise wurden mit Blick auf das Infektionsgeschehen durch das Coronavirus Kindertagesstätten, Spielkreise und Schulen geschlossen. Zahlreiche Elternteile müssen einen Spagat zwischen Kinderbetreuung und Arbeit machen, und auch für die Kinder stellen die fehlenden Kontakte zu Freundinnen und Freunden eine große Belastung dar.



Rüdiger Kauroff, SPD-Landtagsabgeordneter, macht in diesem Kontext deutlich: „Das Land hat mit seinem Stufenplan eine klare Linie und ein breites Portfolio an Lockerungsschritten vorgelegt, welche nun schrittweise umgesetzt werden. Leider bleiben zurzeit noch viele lokale Kita-

Träger unterhalb der Erwartungen und stellen nicht die notwendige Kita-Kapazitäten bereit. Wenn das Land einen Betreuungsrahmen von 50 Prozent vorsieht, sollen die örtlichen Träger auch mehr als 30 Prozent der Kinder betreuen. Unsere Fachkräfte in den Kitas gehören zu den wichtigsten Stützen für Familien und leisten unter den derzeitigen Bedingungen enorm viel – deshalb hat das Kultusministerium immer klargestellt, dass die Finanzhilfen für die Personalkostenzuschüsse ohne Wenn und Aber in voller Höhe weitergezahlt werden – immer aber unter der Bedingung, dass die Notbetreuung auch sichergestellt ist.“

Der niedersächsische Weg, den die SPD-geführte Landesregierung vor wenigen Wochen präsentiert hat, ebnet eine schrittweise Rückkehr zu einem neuen Alltag. „Während Anfang des Monats die Notbetreuung in den Kitas geöffnet worden ist, erleben wir einen stufenweisen Einstieg in eine Normalbetreuung. Nachdem auch häusliche Kleingruppen von bis zu fünf Kindern zugelassen wurden, ist inzwischen auch die Tagespflege für mehr als 20.000 Kinder in unserem Bundesland wieder möglich“, so Kauroff weiter.

Mit Augenmaß habe man in Niedersachsen zu Anfang eine Betreuung für Kinder, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten, ermöglicht. „Nach und nach haben mehr Kinder, gerade aus benachteiligten Familien, mit sprachlichen Defiziten oder von Alleinerziehenden, wieder den Weg in die Kindertagesstätten geebnet bekommen. Auch in den Einrichtungen ist von der räumlichen Gestaltung der Betreuung einiges möglich und das Land legt großen Wert darauf, dass Entscheidungen mit Besonnenheit vor Ort getroffen werden können. Schrittweise wollen wir so zu einem Regelbetrieb zurückkehren“.

Der niedersächsische Weg sieht eine schrittweise Ausweitung der Notbetreuung in Kitas in der zweiten, laufenden Phase vor. Hierbei soll unter anderem 50 Prozent aller Kinder eine Betreuung ermöglicht werden. Die Notbetreuung soll im vierten Schritt, der derzeit für den Juni datiert ist, in eine Regelbetreuung umgewandelt werden. Noch vor August soll nach Einschätzung der SPD-Fraktion in den niedersächsischen Kitas wieder ein vollständiger Regelbetrieb stattfinden. Jeder weitere Schritt erfolgt unter Berücksichtigung des Infektionsgeschehens – der Gesundheitsschutz von Erzieherinnen und Erziehern, aber auch von Eltern und Kindern hat immer die höchste Priorität.

„Die Kommunen haben inzwischen einen riesigen Strauß an Möglichkeiten, um den Notwendigkeiten und Bedarfen im Sinne der Kinderbetreuung nachzukommen. Wir appellieren nun an die örtlichen Träger der Kindertagesstätten, diesen schrittweisen Weg mit uns gemeinsam zu gehen und den Rahmen, den das Land gesetzt hat, auch auszufüllen. Eltern und Kinder brauchen wieder die erfolgreiche Kinderbetreuung in den Kindertagesstätten!“, schließt Kauroff.

Mein Team im Büro und im Wahlkreis:



Alexander Vogel

Dieter Linnemann

Jean Schramke



Herausgeber

Rüdiger Kauroff, MdL

Wahlkreisbüro: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Rüdiger Kauroff

Redaktion: Jean Schramke, Alexander Vogel

Fotos: SPD-Fraktion, Grafik: Jan Hartge